

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Bernd Schattner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8421 –**

Waldumbau mit guter Pflanzenqualität zusätzlich erweitern

A. Problem

Die Fraktion der AfD erklärt, dass die in den letzten Jahren zu beobachtenden längeren Trockenphasen und die damit zusammenhängenden Klimaveränderungen hohe Anforderungen an die in Deutschland aktuell und zukünftig geplanten waldbaulichen Maßnahmen zur Umwandlung von strukturarmen Reinbeständen hin zu strukturreichen Mischwäldern stellen. Da gemäß den Antragstellern der Umfang der umzubauenden Flächen nach Sturm-, Käfer- und Dürreereignissen nicht allein durch Neuanpflanzung zu bewältigen ist, setzen ihnen zufolge die Forstbehörden und Waldbauern zunehmend auch auf die Etablierung von Naturverjüngung. Nach Auffassung der Fraktion der AfD wird künstliche Verjüngung durch Pflanzung dennoch vielerorts ergänzend notwendig werden, insbesondere an struktur- und nährstoffschwachen Standorten.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den geplanten Waldumbau durch eine Zusammenführung von selbstbewussten Waldbesitzern, aktiven Waldbesitzervereinigungen, engagierten staatlichen Beratungsförstern und Jägern im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen auch auf Bundesebene zu erklären und zu motivieren, um Interessenskonflikte auszuräumen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8421 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber

Vorsitzender und Berichterstatter

Isabel Mackensen-Geis
Berichterstatterin

Karl Bär
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Isabel Mackensen-Geis, Hermann Färber, Karl Bär, Karlheinz Busen, Peter Felser und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 122. Sitzung am 21. September 2023 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/8421** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD erklärt, dass die in den letzten Jahren zu beobachtenden längeren Trockenphasen und die damit zusammenhängenden Klimaveränderungen hohe Anforderungen an die in Deutschland aktuell und zukünftig geplanten waldbaulichen Maßnahmen zur Umwandlung von strukturarmen Reinbeständen hin zu strukturreichen Mischwäldern stellen. Da gemäß den Antragstellern der Umfang der umzubauenden Flächen nach Sturm-, Käfer- und Dürreereignissen nicht allein durch Neuanpflanzung zu bewältigen ist, setzen ihnen zufolge die Forstbehörden und Waldbauern zunehmend auch auf die Etablierung von Naturverjüngung. Nach Auffassung der Fraktion der AfD wird künstliche Verjüngung durch Pflanzung dennoch vielerorts ergänzend notwendig werden, insbesondere an struktur- und nährstoffschwachen Standorten.

Baumschulen müssen sich nach Darlegung der Antragsteller auf ein vielfältiges Baumartenspektrum umstellen, um auf alle sich ändernden klimatischen Verhältnisse reagieren zu können. Für die Fraktion der AfD ist die Verwendung von hochwertigem, möglichst trockenheitsresistentem Forstvermehrungsgut wichtiger denn je. Das gilt für sie insbesondere dort, wo die „örtlichen“ Herkünfte – d. h. vorhandene Forstgenressourcen – wenig überzeugen, so dass ein Herkunfts- und Baumartenwechsel in Betracht gezogen werden sollte. Die Fraktion der AfD weist ergänzend in der Begründung ihres Antrages darauf hin, dass, wenn die Rahmenbedingungen passen, wenige Einzelbäume von Mischbaumarten in Monokulturen für eine ausreichende, artenreiche Verjüngung hin zu einem Mischwald genügen.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. den geplanten Waldumbau durch eine Zusammenführung von selbstbewussten Waldbesitzern, aktiven Waldbesitzervereinigungen, engagierten staatlichen Beratungsförstern und Jägern im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen auch auf Bundesebene zu erklären und zu motivieren, um Interessenskonflikte auszuräumen;
2. dass im Rahmen der sich momentan im Anwendungsprozess befindlichen Waldstrategie 2050 der Bundesregierung eine ergänzende Pflanzung und ein Herkunftswechsel mit hochwertigem Forstvermehrungsgut als Option bewahrt werden muss;
3. die in den letzten Jahren auf nationaler sowie teilweise auch auf internationaler Ebene für die wichtigsten Hauptbaumarten erarbeiteten Ansätze und Ergebnisse der Forstpflanzenzüchtung insbesondere im Rahmen von Nachkommenschaftsprüfungen konsequent weiterzuführen und zu diesem Zweck bundesländerübergreifend neue Versuchsflächenserien mit einheitlich konzipiertem Versuchsaufbau (Laufzeit mindestens 20 Jahre) anzulegen sind;
4. geeignete Herkünfte aus süd- und südosteuropäischen Ländern auf Flächen für Praxisanbauversuche alternativer Baumarten, wie z. B. Nordmann-Tanne, Baum-Hasel, länderübergreifend zu prüfen;
5. zu diesem Zweck das Thünen-Institut für Forstgenetik als federführenden Versuchssteller den jeweiligen baumartenspezifischen Züchtungsstrategien entsprechend organisatorisch zu stärken und den wissenschaftlichen und technischen Personalbestand des Instituts so zu erhöhen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 59. Sitzung am 11. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/8421 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 51. Sitzung am 11. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/8421 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/8421 in seiner 44. Sitzung am 11. Oktober 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, der im Antrag der AfD angesprochene Waldumbau sei unzweifelhaft wichtig, weswegen offenbar jetzt auch die Fraktion der AfD auf die Idee gekommen sei, ihn als Thema auf die politische Agenda zu setzen. Der Antrag der Fraktion der AfD werde von Seiten der Fraktion der SPD aus verschiedenen inhaltlichen Gründen abgelehnt. Der Waldumbau sei schon heute sehr in der Politik auf Bundesebene präsent, was sich darin zeige, dass beim klimaangepassten Waldmanagement das Thema „Nicht standortheimische Baumarten“ bereits adressiert worden sei, d. h. nicht standortheimische Baumarten schon heute mit einem Anteil von bis zu 49 Prozent beim Waldumbau zugelassen seien. Naturverjüngung sei das Gebot der Stunde, weil es unmöglich sei, über Pflanzungen den akuten Bedarf, den es bei der Wiederaufforstung gebe, zu decken. Der Fraktion der FDP müsse in Bezug auf deren Aussagen zu Wild und Wald „ein wenig“ widersprochen werden. Wenn Hordengatter bzw. Wildzäune im Wald gesetzt würden und das Wild damit keinen Zugang zu diesen Flächen hätte, würden Pflanzen auftauchen, die man sich in diesen Gebieten nicht hätte vorstellen können. Davon hätte sich die Berichterstatterin der Fraktion der SPD an sehr vielen verschiedenen Waldstandorten persönlich überzeugen können. Deshalb spiele es schon eine Rolle, inwieweit Wild bzw. Wilddruck vorhanden sei. Aber insgesamt gehe es zusammen, d. h. Wald und Wild müssten gemeinsam möglich sein. Gebraucht würden neben der Naturverjüngung auch Pflanzungen sowie die damit verbundenen verschiedenen Versuchsflächen. Das Problem sei, dass in letzter Zeit im Bereich der Forstpflanzenzüchtung gespart worden sei. Es gebe keine privaten Unternehmen mehr, die diese machten, sondern sie sei vollständig von staatlichen Einrichtungen übernommen worden. Da müsse noch mehr passieren. Es gebe zudem bereits eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Forstliche Genressourcen und Forstsaatgutrecht“, obgleich die Baumartenzusammenstellung und die Vorgaben, was standortangepasste bzw. standortgerechte Baumarten seien, in den Landesgesetzen festgelegt würden. Das zeige, dass der Austausch mit den Ländern von Bundeseite bereits intensiv stattfinde, was außerordentlich wichtig sei. Die Fraktion der SPD sei davon überzeugt, dass das Thema Waldumbau bei den Ländern richtig angesetzt sei. Trotzdem seien die Herausforderungen so groß geworden, dass auch der Bund sich in diesen Fragen einbringen müsse. Im Wald sei es nicht einfach, zu sehen, welche Baumart die richtige sei. Das werde erst nach Jahrzehnten, manchmal nach Jahrhunderten, gesehen. Die Aufgabe Waldumbau sei äußerst komplex. Dieser Komplexität werde der Antrag der Fraktion der AfD in keinsten Weise gerecht.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, beim Antrag der Fraktion der AfD könne der Eindruck gewonnen werden, als habe das Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) ihn mitverfasst und eine Art Wunschliste zum Ausbau seiner entsprechenden Abteilung aufgesetzt, einschließlich der Aufstockung des Personalbestandes. Die grundsätzliche Forderung im Antrag der Fraktion der AfD, den Waldumbau durch hochwertiges, möglichst trockenheitsresistentes Forstvermehrungsgut zu erweitern, sei gut und richtig, aber dieses geschehe, wie die Fraktion der AfD selber im Punkt 3 ihres Antrag hingewiesen habe, bereits ausgiebig. Deshalb sei ein Antrag, bestehende Forschung weiterzuführen, nicht notwendig, zumal das Thünen-Institut mit seinem Fachbereich Forstgenetik nicht in der Gefahr stehe, aufgelöst zu werden. Auch gelte es zu bedenken, dass nicht alle möglichen Baumarten wahllos ausprobiert werden könnten, um etwas passendes „Klimastabiles“ zu finden. Dafür gebe es den interna-

tionalen Austausch des Netzwerkes EVOLTREE (Evolution of trees as drivers of terrestrial biodiversity: Evolution von Bäumen als Schlüsselarten der terrestrischen Biodiversität). Ziel dieser Kooperation sei der Austausch und die Stärkung der Forschungsvorhaben im Bereich der Forstgenetik und Genomik. Dessen letzte Konferenz zum Thema „Resiliente Wälder für die Zukunft“ hätte erst vor vier Wochen in Rumänien stattgefunden, an dem auch das Thünen-Institut teilgenommen hätte und seine Forschungsergebnisse zu Buche und Eiche im Allgemeinen sowie zu Spitzahorn, Hainbuche, Roteiche, Rotbuche, Esche und Gemeiner Fichte im Speziellen vorgestellt hätte. Das zeige, wie vielfältig die Forschung der Forstgenetik sei, und dass sie nicht alleine in einem Land erfolgen könne, sondern dass der Wissensaustausch in Europa ein wesentlicher Baustein bei der Erschaffung von klimastabilen Wäldern sei. Neben diesen genannten Punkten fehle aber in dem Antrag der Fraktion der AfD das Wesentliche, d. h. die Frage, wie diese resistenteren Baumarten in die Wälder kämen. Natürlich fehle es den Forstbaumschulen an Saatgutmengen, weil die Erntemengen so niedrig seien, aber Tatsache sei, dass den meisten Waldeigentümern das Geld fehle, um Aufforstungen im Waldbau umzusetzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie schließe sich vielen Ausführungen der Fraktion der SPD, gerade in Bezug auf die bereits stattfindende Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern beim Waldbau, an. Die Fraktion der AfD fordere für den geplanten Waldbau die Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen auf Bundesebene. Weiterbildung in Bezug auf den Waldbau sei ohne Zweifel gut, aber es könne bei ihr an Vieles angeschlossen werden, was die Länder bereits machten. Das sei keine Frage auf Bundesebene, da die Länder über ihre Forstverwaltungen einen engen Kontakt zu den Waldbesitzern und den Waldbesitzervereinigungen schon heute hätten. Dieses sei die Stelle, an der auch die Kompetenz gestärkt werden müsse und wo das Sparen aufhören müsse, weil es wichtig sei, dass die für den Wald Handelnden einen guten Zugang zu Wissen hätten. Große Bedenken habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Antragsforderung, die Anlage von Klonarchiven zu forcieren. Gerade, weil Bäume eine sehr große Generationenfolge hätten, d. h. bis der Baum groß sei, dauere es eine lange Zeit, sei die genetische Diversität innerhalb einer Population wichtig, im Gegensatz z. B. zu Insekten, wo sich das auch sehr schnell ändere. Da könne die nächste bzw. übernächste Generation sich schnell anpassen. Das sei im Wald viel schwieriger. Zudem habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN große Bedenken gegenüber dem flächigen Einsatz von gezüchtetem Pflanzgut, weil dann die genetische Diversität innerhalb der Populationen irgendwann ein Problem würde. Außerdem gebe es schon einiges an Forschung bei den Landesforschungsanstalten, aber auch bei der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) im Bund zu alternativen Baumarten. Trotzdem bleibe das Credo beim Waldbau für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Naturverjüngung und das Setzen auf die heimischen Baumarten, weil dieses in großen Flächen funktioniere und die genetische Diversität besser darstelle. Dafür sei der Grundsatz „Wald vor Wild“ und nicht, wie der Fraktion der SPD dargelegt hätte, „Wald und Wild“.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, die Fraktion der AfD schreibe in ihrem Antrag, dass der geplante Waldbau durch eine Zusammenführung von u. a. selbstbewussten Waldbesitzern und aktiven Waldbesitzervereinigungen, Förstern und Jägern im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen zu motivieren sei. Der Berichterstatter der Fraktion der FDP wäre am 10. Oktober 2023 bei den im Antrag der Fraktion der AfD beschriebenen Gruppen, bei den Waldbesitzern, Jägern und Wissenschaftlern, auf einer Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen (NRW) gewesen, bei denen es verschiedene Vorträge, wie der Waldbau sein müsste und könnte, gegeben habe. Der Waldbau werde schon seit mehr als 30 Jahren betrieben. Dabei komme immer wieder die Frage des Wald-Wild-Konfliktes auf, zu dem zu sagen sei, dass es in der Realität keinen Wald-Wild-Konflikt gebe und daher auch kein staatliches Eingreifen nötig sei. Das Jagdrecht sei immer noch Eigentumsrecht. Da könnten die Vertragspartner selbst unter sich ausmachen, wie sie den Pachtvertrag ausgestaltet wollten, d. h. wieviel Wild sie im Revier haben wollten und wieviel nicht. Auch das Thema Verbiss bzw. Verbisssgutachten werde immer wieder im Kontext des Waldbaus vorgeschoben. Dabei werde auch von Seiten der Wissenschaftler das angebliche Problem völlig gegenteilig beschrieben. Verbiss sei für den Wald nicht schädlich. Es gebe mehrere Versuchsflächen in Deutschland, eingezäunte Flächen, wo kein Wild hereinkomme, bei denen sich der Wald überhaupt nicht entwickelt hätte. Dort hätten Baumarten, die sich unwahrscheinlich schnell vermehrten, wie z. B. die Esche, keine andere Baumarten mehr durchkommen lassen. Auf der anderen Seite kämen auf Flächen, wo nicht eingezäunt werde, d. h. wo es Verbiss gebe, mehrere Baumarten durch. Verbiss durch Wild sei natürlich und in Teilen gut. Verbisssgutachten würden von der Wissenschaft insgesamt abgelehnt. Der Waldbau müsse von vielen Seiten betrachtet werden, nicht nur von der Wildseite, sondern auch von der Seite der Schädlinge. Gebraucht würden auch andere Baumarten. Es nütze nichts, wenn immer nur an heimische Baumarten, an Eiche, Birke und Buche, gedacht werde, sondern gebraucht würden stabile Baumarten, die der Trockenheit angepasst seien. Da müsse etwas getan werden,

was auch geschehen werde. Bei der angestrebten Novellierung des Waldgesetzes müsse Wert darauf gelegt werden, dass nicht nur heimische Baumarten bevorzugt würden, sondern auch fremde Baumarten, die das Klima besser vertragen könnten, mit eingesetzt würden. Der Antrag der Fraktion der AfD werde in dieser Form abgelehnt, weil der Waldumbau bereits seit über 30 Jahren aktiv betrieben werde. Der Fraktion der FDP werde den Waldumbau auf wissenschaftlicher Basis weiter mitgestalten.

Die **Fraktion der AfD** veranschaulichte, gerade, wenn sich in den Wäldern die forstwissenschaftlichen Versuchsflächen anschaut würden, wie es z. B. der Berichterstatter der Fraktion der AfD am Standort Waldsieversdorf des Instituts für Forstgenetik des Thünen-Instituts (im Land Brandenburg) persönlich getan habe, gebe es ein Gespür dafür, dass der Waldumbau eine Sache von Generationen sei. Dort in Brandenburg stünden noch Waldflächen aus DDR-Zeiten, die vor 40, 50, 60 Jahren angelegt worden seien. Es könne hierbei genau gesehen werden, ob es etwas gebracht habe, aus Sibirien oder Kanada die Bäume zu holen bzw., welche Bäume sich durchgesetzt hätten. Gesehen werden könne, dass die letzten zwei, drei Jahre Trockenphase in den Waldbestand in Deutschland enorm eingegriffen hätten. Sichtbar sei dadurch geworden, was jetzt für den Wald zu tun sei. Daher habe die Fraktion der AfD ihren Antrag „Waldumbau mit guter Pflanzenqualität“ in das Parlament eingebracht. Er enthalte verschiedene Punkte für den Waldumbau. Dazu gehöre u. a., dass auf den bundesweiten Versuchsflächen zusätzlich auch die bisher kaum berücksichtigten, aber gerade wegen ihrer Trockenheitsunempfindlichkeit besonders relevante Baumarten, wie z. B. Esskastanie, Elsbeere, Schwarzkiefer und Große Küstentanne, einbezogen werden sollten. Die Angst vor fremdländischen Baumarten bzw. das Tabuthema „Fremdländische Baumarten“ sollte der Vergangenheit angehören. Zu diesem Zweck sollte auch das Institut für Forstgenetik des Thünen-Instituts gestärkt werden, gerade auch personell, weil der Waldumbau und die Forschung zu ihm mehr Personal, Zeit und Aufwand benötigten. Der im Bundeswaldgesetz enthaltene Grundsatz, dass die Naturverjüngung Vorrang habe, sei gescheitert. Die Fraktion der AfD glaube nicht, dass es ausreiche, die bestehenden Bäume sich verjüngen zu lassen, sondern dass zusätzliche trockenresistente Bäume durch ergänzende Pflanzungen benötigt werden. Das alles und viele weitere Forderungen stünden im Antrag der Fraktion der AfD, um dessen Zustimmung sie die anderen Fraktionen bitte.

Die **Fraktion DIE LINKE**. verdeutlichte, sie wolle sich bewusst kurzfassen und das bereits von anderen Fraktionen Gesagte nicht nochmals wiederholen. Sie wolle aber ihren Eindruck wiedergeben, dass bei vielen forstpolitischen Veranstaltungen, zu denen auch die Fraktion DIE LINKE. geladen werde, gerade die von der Fraktion der AfD in ihrem Antrag geforderte Zusammenführung von selbstbewussten Waldbesitzern, aktiven Waldbesitzervereinigungen, staatlichen Beratungsförstern und Jägern beim Thema Waldumbau bereits ständig praktiziert werde. Diese Forderung der Fraktion der AfD sei damit überflüssig, weil es schon passiere. Bemerkenswert finde die Fraktion DIE LINKE. zudem, dass die Fraktion der AfD in ihrem Antrag inzwischen ebenfalls eine ernstzunehmende Klimaveränderung feststelle. Das sei das einzig Positive an ihrem Antrag.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/8421 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Isabel Mackensen-Geis
Berichterstatterin

Hermann Färber*
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

* Offenlegung gemäß § 49 des Abgeordnetengesetzes (AbgG): Abg. Hermann Färber erklärte, dass er Kleinwaldbesitzer von einem Hektar (ha) Wald sei und seit einigen Monaten Gründungsmitglied und Beiratsmitglied der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ in seinem Wahlkreis sei.

